

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

1. VRV 2015 - Beschlussfassung über die Eröffnungsbilanz bzw. Beschlussfassung über Änderungen der Eröffnungsbilanz
2. Bauunterlagenverordnung 2020
3. Bedarfszuweisungen 2020
4. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2021
Verbraucherpreisindex für November 2020 (vorläufiges Ergebnis)

1.

VRV 2015 - Beschlussfassung über die Eröffnungsbilanz bzw. Beschlussfassung über Änderungen der Eröffnungsbilanz

Aufgrund der Umstellung auf die Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 - VRV 2015, BGBl. II Nr. 313/2015, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 17/2018, ab dem Finanzjahr 2020 haben die **Gemeinden und Gemeindeverbände** nach der TGO gem. § 38 VRV 2015 **eine Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2020 zu erstellen und diese im Gemeinderat bzw. in der Verbandsversammlung zu beschließen.**

Da die Bestimmung zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeindeverbände nach der TGO anzuwenden ist, haben ua. auch Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände, Planungsverbände und Alten-, Wohn-, und Pflegeheime eine Eröffnungsbilanz fristgerecht zu erstellen und zu beschließen.

Dabei ist folgendes zu beachten:

Nach den Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung ist der Gemeinderat bzw. die Verbandsversammlung verpflichtet, **die Eröffnungsbilanz spätestens bis zum Beschluss über den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2020 zu beschließen.** Die Eröffnungsbilanz ist daher spätestens bis 31. März 2021 zu beschließen. Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die Ausführungen in den Merkblättern für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Juli 2020 Nr. 32 und Ausgabe September

2020 Nr. 45 hingewiesen.

Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz:

Für die Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz gelten die Bestimmungen über die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses sinngemäß. Der Entwurf der Eröffnungsbilanz ist daher für zwei Wochen im Gemeindeamt bzw. in der Geschäftsstelle zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen. Die Auflage ist jedenfalls für die Dauer der Auflagefrist öffentlich kundzumachen. Innerhalb der Auflagefrist kann jeder Gemeindebewohner während der Amtsstunden des Gemeindeamtes / der Geschäftsstelle in den Entwurf der Eröffnungsbilanz Einsicht nehmen und hierzu schriftlich Einwendungen erheben.

Mit dem Beginn der Auflagefrist ist jeder Gemeinderatspartei der Entwurf der Eröffnungsbilanz im Weg der automationsunterstützten Datenübertragung zu übermitteln. Der Entwurf der Eröffnungsbilanz und die hierzu erhobenen Einwendungen sind unverzüglich dem Gemeinderat bzw. der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Gemeinderat bzw. die Verbandsversammlung hat die Einwendungen bei der Beratung über die Eröffnungsbilanz zu behandeln.

Die Eröffnungsbilanz besteht aus dem von der Abteilung Gemeinden zur Verfügung gestellten Muster über die Festsetzung der Eröffnungsbilanz, aus dem die Kundmachungs- und Beschlussdaten, die Angaben der verwendeten Bewertungsmethoden und Unterschriften ersichtlich sind. Dieses Muster kann in der Wissensdatenbank zur Gemeindeanwendung abgerufen werden. Weitere Bestandteile der Eröffnungsbilanz sind der Vermögenshaushalt gem. Anlage 1c VRV 2015, der Anlagenspiegel gem. Anlage 6g VRV 2015 unter Darstellung der Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen sowie der Anlagenspiegel gem. Anlage 6g VRV 2015 unter Darstellung jedes einzelnen Vermögensgegenstandes der Gemeinde.

Während des Tagesordnungspunktes über die Eröffnungsbilanz hat der (erste) Bürgermeister-Stellvertreter den Vorsitz im Gemeinderat zu übernehmen und das Mandat des Bürgermeisters ist durch sein Ersatzmitglied auszuüben.

Beschlussfassung über Änderungen der Eröffnungsbilanz:

Gleich wie die Eröffnungsbilanz ist **jede Änderung der Eröffnungsbilanz vom Gemeinderat bzw. der Verbandsversammlung zu beschließen**, d.h., der Entwurf der Änderungen der Eröffnungsbilanz ist für zwei Wochen im Gemeindeamt bzw. der Geschäftsstelle zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen. Die Auflage ist jedenfalls für die Dauer der Auflagefrist öffentlich kundzumachen. Innerhalb der Auflagefrist kann jeder Gemeindebewohner während der Amtsstunden des Gemeindeamtes / der Geschäftsstelle in den Entwurf der Eröffnungsbilanz Einsicht nehmen und hierzu schriftlich Einwendungen erheben (siehe dazu Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz).

Für die Änderung der Eröffnungsbilanz sind die einzelnen Buchungsvorgänge, durch die die Eröffnungsbilanz geändert wurde, darzustellen. Weiters ist die Anlage 1d VRV 2015 - Nettovermögensveränderungsrechnung entsprechend zu befüllen. Zur Dokumentation des Beschlusses ist das von der Abteilung Gemeinden zur Verfügung gestellte Muster über die Festsetzung der Änderungen der Eröffnungsbilanz, aus dem die Kundmachungs- und Beschlussdaten hervorgehen, zu verwenden. Dieses Muster kann in der Wissensdatenbank zur Gemeindeanwendung abgerufen werden.

Die oben angeführten Bestandteile sind dem Gemeinderat / der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es wird empfohlen, die Beschlussfassung über die Änderungen der Eröffnungsbilanz bei derselben Sitzung unter einem eigenen Tagesordnungspunkt zu beschließen, bei der auch der Rechnungsabschluss beschlossen wird. Die Änderungen der Eröffnungsbilanz sind dabei vor der Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses zu behandeln. Korrekturen von Fehlern und Änderungen von Schätzungen in der Eröffnungsbilanz können gem. § 38 Abs. 8 VRV 2015 bis spätestens fünf Jahre nach deren Veröffentlichung (erstmalige Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz im Gemeinderat bzw. der Verbandsversammlung) erfolgen.

Übermittlung der Eröffnungsbilanz und der Änderungen der Eröffnungsbilanz an die Gemeindeaufsicht

Die beschlossenen Eröffnungsbilanzen und die Änderungen der Eröffnungsbilanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände sind in Papierform an die Bezirkshauptmannschaft und in elektronischer Form (pdf) in der Gemeindeanwendung 3.0 zu übermitteln.

Übermittlung in Papierform:

Gemeinden bis 5.000 Einwohner - Übermittlung von einer Ausfertigung in Papierform

Gemeinden über 5.000 Einwohner - Übermittlung von zwei Ausfertigungen in Papierform

Gemeindeverbände - Übermittlung von einer Ausfertigung in Papierform

Elektronische Übermittlung:

Die beschlossene Eröffnungsbilanz und die beschlossenen Änderungen der Eröffnungsbilanz des jeweiligen Finanzjahrs sind in elektronischer Form (pdf) in der Gemeindeanwendung 3.0 (Gemeindeanwendung neu) unter dem Vorgang **Erhebung - GHD/GVB - GHD/GVB Jahr - Dokumente** - zu hinterlegen. Durch das Hochladen des pdf-Dokuments ist die Übermittlung abgeschlossen. Die Weiterleitung des Vorganges ist erst nach dem Hochladen der endgültigen Rechnungsabschlussdaten (GHV/GVB) vorgesehen.

Es wird empfohlen, die elektronische Übermittlung der Eröffnungsbilanz zeitgleich mit der Übermittlung in Papierform durchzuführen.

2.

Bauunterlagenverordnung 2020

Am 17.12.2020 wurde mit LGBL. Nr. 132/2020 die Bauunterlagenverordnung 2020 kundgemacht. Sie ersetzt seit 18.12.2020 die bisherige Planunterlagenverordnung aus dem Jahr 1998. Aus EU-rechtlicher Sicht ist seitens des Landesgesetzgebers damit der letzte noch offene Teil der Umsetzung der Änderung der Gebäuderichtlinie aus dem Jahr 2018 abgeschlossen worden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Neuerungen bzw. Ergänzungen der Bauunterlagenverordnung 2020 gegenüber der Planunterlagenverordnung 1998 dargestellt:

Bezeichnung der Verordnung

Nachdem die für ein Bauverfahren erforderlichen Unterlagen sowohl aus textlichen Teilen (zB Baubeschreibung) als auch aus Plänen (zB Lagepläne) bestehen und der Begriff „Planunterlagen“ insofern lediglich einen Teil des vorzulegenden Konvoluts abbildet, wurde aus Gründen inhaltlicher Präzisierung der Begriff „Bauunterlagenverordnung“ gewählt, welcher als Begriff für alle Unterlagen für ein Bauvorhaben angesehen werden kann. Ein weiterer Grund für die Bezeichnungsänderung war, dass die Bezeichnungen „Planunterlagenverordnung“ und „Plangrundlagenverordnung“ des Öfteren zu Verwechslungen geführt haben.

Übernahme der Neudefinition des Begriffs „größere Renovierung“

Der in der Planunterlagenverordnung 1998 verwendete Begriff „umfassende Sanierung“ wird mit der Bauunterlagenverordnung 2020 durch den Begriff „größere Renovierung“ ersetzt. Gemäß § 2 Abs. 27 Tiroler Bauordnung 2018 - TBO 2018, LGBL. Nr. 28/2018, idF LGBL. Nr. 134/2020, wird eine größere Renovierung wie folgt definiert: Eine größere Renovierung ist eine Renovierung eines Gebäudes, bei der mehr als 25 v. H. der Oberfläche der Gebäudehülle einer Renovierung unterzogen werden, es sei denn, die Gesamtkosten der Renovierung der Gebäudehülle und der gebäudetechnischen Systeme betragen höchstens 25 v. H. des Gebäudewertes, wobei der Wert des Grundstücks, auf

dem das Gebäude errichtet wurde, nicht mitzurechnen ist. Die Übernahme dieses Begriffes war deshalb notwendig, um eine Vereinheitlichung mit den sonstigen immanenten Bauvorschriften zu erhalten.

Anpassung des Erfordernisses zur Beifügung eines Energieausweises

Die Vorlage des Energieausweises ist wie bereits bisher bei bewilligungspflichtigen Neubauten immer vorgeschrieben. Bei Zubauten und größeren Renovierungen in Zusammenhang mit Umbauten und sonstigen Änderungen von Gebäuden, wenn durch die Maßnahme konditionierte Räume neu geschaffen werden. Neu ist hierbei das Erfordernis eines Energieausweises bei Zubauten insofern konditionierte Räume geschaffen werden. Zu beachten sind aber jedenfalls die Ausnahmen nach § 23 Abs. 3 TBO 2018. Zusätzlich haben alle Energieausweise ein Formblatt nach dem Muster der Anlage 6a im Sinne des § 34 Abs. 1 Technischen Bauvorschriften 2016 - TBV 2016, LGBL. Nr. 33/2016, idF LGBL. Nr. 61/2020, zu enthalten.

Einbeziehung des Erfordernisses zur Durchführung einer Alternativenprüfung

Bei Neubauten und größeren Renovierungen von Gebäuden ist die rechtliche, technische, ökologische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen in einem Formblatt, welches dem Muster der Anlage 6b der TBV 2016 zu entsprechen hat, zu dokumentieren und den Bauunterlagen anzufügen. Die rechtliche Grundlage für die Alternativenprüfung stellt hierbei § 35a Abs. 1 TBV 2016 dar. Durch die Vorschreibung der Vorlage einer Alternativenprüfung wird der unionsrechtlichen Verpflichtung nach Art. 6 und Art. 7 der Gebäuderichtlinie entsprochen.

Klarstellung der erforderlichen Bauunterlagen für anzeigepflichtige Bauvorhaben

Gemäß § 31 Abs. 5 TBO 2018 müssen Planunterlagen von einer dazu befugten Person oder Stelle verfasst werden. Gleichzeitig wurde in § 4 Abs. 1 lit. b Planunterlagenverordnung 1998 für anzeigepflichtige und sonstige

Bauvorhaben lediglich eine zumindest schematische oder skizzenhafte Darstellung der baulichen Anlage gefordert, womit den Inhaltserfordernissen einer Bauanzeige auch mit einer bloß laienhaften Zeichnung oder einem Verkaufsprospekt (zB Schwimmbad) Genüge getan werden konnte. Durch diese weit auslegbare Formulierung in der Planunterlagenverordnung 1998 wurde § 31 Abs. 5 TBO 2018 konterkariert und führte in der Praxis immer wieder zu Unsicherheiten/Unklarheiten von Seiten der Baubehörden, wie diese Vorgabe nun umzusetzen ist. Deshalb wird nunmehr auch bei bloß anzeigepflichtigen

Bauvorhaben und sonstigen Vorhaben gemäß § 4 Abs. 1 lit. b Bauunterlagenverordnung 2020 die Vorlage einer zumindest maßstäblichen Darstellung der baulichen Anlage vorgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgten textliche sowie geringfügige Zitatpassungen hinsichtlich der aktuellen Tiroler Bauordnung 2018.

*Mag. Steiner/Mag. Neururer
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

3. Gemeindeausgleichsfonds - Bedarfszuweisungen 2020 nach Verwendungszwecken (in Euro)

Bezirk	EWZ per 31.10.2018	Krankenhäuser	Volksschulen	HS, NMS, SPZ, PTS	Abwasserbeseitigung	Wasserversorgung	Katastrophenschäden, Wildbach- und Lawinenverbauung	Straßen Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	Wohn- und Pflegeheime	Kinderbetreuung	Feuerweh-zwecke	Sonstige Zwecke	Gesamt
Bezirk Imst	59.867	776.000	1.231.000,00		470.000,00		370.000,00	2.195.331,00	300.000,00	250.000,00	1.115.000,00	843.500,00	1.384.569,00	8.935.400
Bezirk Innsbruck-Land	179.197		2.517.867,00	100.000,00	300.000,00	1.509.500,00	1.125.000,00	4.451.485,00	2.256.000,00	364.800,00	2.830.000,00	731.000,00	4.133.246,00	20.318.898
Bezirk Innsbruck-Stadt	131.891							300.000,00				0,00	10.500.000,00	10.800.000
Bezirk Klitzbühel	63.769	608.000	815.000,00			210.000,00	147.700,00	2.790.861,00	100.000,00	2.490.000,00	850.000,00	195.750,00	242.836,00	8.450.147
Bezirk Kulstern	109.428	694.600	2.260.000,00	590.000,00			60.000,00	2.934.366,00	1.205.000,00	218.100,00	1.170.000,00	1.422.500,00	1.472.237,00	12.026.803
Bezirk Landeck	44.177	616.000	414.000,00		6.000,00	410.000,00	1.099.000,00	3.077.394,00	834.000,00	732.000,00	410.000,00	477.500,00	718.327,00	8.794.221
Bezirk Lienz	48.812	1.164.000	635.000,00	154.000,00	42.400,00	135.500,00	941.500,00	4.361.350,00	1.223.850,00		894.900,00	442.320,00	2.833.974,00	12.828.794
Bezirk Reutte	32.622	50.000	907.000,00	140.000,00	55.000,00	436.000,00	817.000,00	2.532.671,00	791.000,00		25.000,00		2.655.778,00	8.409.449
Bezirk Schwaz	83.634	936.700	1.095.000,00	333.000,00	20.000,00	1.097.500,00	229.400,00	4.362.708,00	1.130.000,00	1.003.332,00	1.350.000,00	776.820,00	2.045.716,00	14.380.176
Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen														
														5.035.044,00
Gesamtsumme	753.397	4.845.300	9.874.867	1.317.000	893.400	3.798.500	4.789.600	27.006.166	7.839.850	5.058.232	8.644.900	4.889.390	25.986.683	109.976.932

4. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	14.517.131	11.595.543	-2.921.588	-20,13
Lohnsteuer	25.391.658	21.813.361	-3.578.298	-14,09
Kapitalertragsteuer	989.546	1.454.623	465.077	47,00
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	450.156	455.258	5.102	1,13
Körperschaftsteuer	22.102.713	15.628.359	-6.474.355	-29,29
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	160	194	34	21,45
Stiftungseingangssteuer	1.689	852	-837	-49,55
Bodenwertabgabe	136.691	127.934	-8.756	-6,41
Stabilitätsabgabe	122.527	115.243	-7.284	-5,94
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	63.712.270	51.191.367	-12.520.904	-19,65
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	21.856.193	22.037.171	180.978	0,83
Tabaksteuer	1.721.849	1.425.622	-296.227	-17,20
Biersteuer	160.936	163.130	2.195	1,36
Mineralölsteuer	4.210.886	3.532.952	-677.934	-16,10
Alkoholsteuer	119.594	120.217	623	0,52
Schaumweinsteuer	10.845	-15.379	-26.224	-241,81
Kapitalverkehrssteuern	450	24	-426	-94,70
Werbeabgabe	101.096	97.017	-4.079	-4,03
Energieabgabe	828.950	1.169.490	340.540	41,08
Normverbrauchsabgabe	400.139	415.789	15.650	3,91
Flugabgabe	61.700	11.959	-49.741	-80,62
Grunderwerbsteuer	10.344.100	12.219.024	1.874.924	18,13
Versicherungssteuer	864.943	870.542	5.599	0,65
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.889.766	1.990.115	100.349	5,31
KFZ-Steuer	122.924	118.295	-4.629	-3,77
Konzessionsabgabe	265.587	240.249	-25.338	-9,54
Summe sonstige Steuern	42.959.957	44.396.217	1.436.259	3,34
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	106.672.228	95.587.583	-11.084.644	-10,39

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2020 (vorläufiges Ergebnis)		
	Oktober 2020 (endgültig)	November 2020 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	108,6	108,8
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	120,2	120,4
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	131,6	131,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	145,5	145,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	153,1	153,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	200,3	200,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	311,2	311,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	546,3	547,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	696,0	697,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	698,3	699,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat November 2020 beträgt 108,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Oktober 2020 um 0,2 Punkte gestiegen (Oktober 2020 gegenüber September 2020 + 0,1 Punkte). Gegenüber November 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,4 Punkte (+ 1,3 %), für Oktober 2020/2019 ebenfalls um 1,4 Punkte (+ 1,3 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck